



Sehr geehrte Damen und Herren,

mit einer Schweigeminute gedachte der Bundestag am vergangenen Donnerstag der Terroropfer von Paris. Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigte sich in ihrer Regierungserklärung „erschüttert und fassungslos“ über den Tod 17 unschuldiger Menschen, die dem blanken Hass islamistischer Terroristen zum Opfer gefallen seien. Die Presse- und Meinungsfreiheit, gegen die sich der Anschlag auf die Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ auch richtete, werde man entschlossen verteidigen. Zweifelsohne standen die Terroranschläge in Paris und mögliche sicherheitspolitische Folgen im Mittelpunkt dieser Sitzungswoche.

Solidarität mit Frankreich

Mehr als 3,7 Millionen Menschen sind am Sonntag in Frankreich auf die Straße gegangen, um ihr Mitgefühl mit den Opfern der Terroranschläge in Paris auszudrücken. Und um deutlich zu machen, dass sie sich ihre Art zu leben auch durch derart brutale Überfälle mitten im friedlichen Alltag nicht nehmen lassen. Dass Werte wie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ihnen wichtig sind, dass sie Intoleranz und Hass ablehnen.

Die Menschen in Paris sind nicht allein in diesen schweren Tagen. Wir teilen ihr Leid. Weltweit haben Menschen ihre Solidarität und Verbundenheit bekundet. Etwa 50 Staats- und Regierungschefs haben persönlich an der beeindruckenden Trauerveranstaltung in Paris teilgenommen. Angela Merkel an der Spitze und viele andere Teilnehmer aus Deutschland haben klargemacht, dass wir unseren französischen Nachbarn in diesen Stunden noch verbundener sind als sonst.

In den Gesichtern der Teilnehmer konnte man ablesen, welche Wunden der Anschlag gerissen, aber auch, welche Entschlossenheit er hervorgerufen hat. Auch wir sind entschlossen, uns von der Angst nicht beherrschen zu lassen. Wir werden Mord und Intoleranz nicht weichen. Wir werden die Werte der Freiheit gegen Fanatismus und Terror verteidigen.

Wahrung von Meinungs- und Pressefreiheit

Ohne Meinungsfreiheit und ohne die Freiheit der Presse ist Demokratie nicht denkbar. Auch dann, wenn uns nicht jedes Ergebnis, jedes Produkt dieser Nutzung der Freiheitsrechte gefallen mag. Man kann durchaus über die Karikaturen in der Zeitschrift „Charlie Hebdo“ streiten: Man kann sie mögen oder auch nicht. Aber es muss sie geben dürfen.

Meinungs- und Pressefreiheit sind wesentliche Grundlage für unser freiheitliches und demokratisches Europa. Gerade in einem Europa, das vielfältiger wird, müssen die Freiheitsrechte gewahrt sein und durch den Staat geschützt, aber auch durch uns alle geachtet, werden. Daher sagen wir: Der feige Angriff auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ war ein Anschlag auf unsere Werte und das Wesen unseres Zusammenlebens in Europa.

Es ist gut, dass Christen, Juden und Muslime, Inländer und Ausländer, Politik und Zivilgesellschaft überall in Europa die Terroristen gemeinsam als das benennen, was sie sind: Gemeine, feige und heimtückische Verbrecher, deren Tat für niemanden ein Gewinn ist. Und deren Verbrechen keine Rechtfertigung finden können. In keiner Ideologie und in keiner Religion dieser Welt.



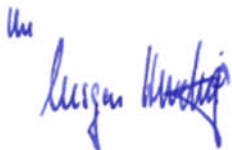
Diskussion um Vorratsdatenspeicherung

Die Bundestagsdebatte drehte sich auch um die Frage, wie sich das Risiko eines Anschlages in Deutschland minimieren lässt. Merkel listete Maßnahmen auf, die die Regierung bereits auf den Weg gebracht hat – wie die Einführung eines Ersatzpersonalausweises, der Extremisten an der Ausreise in Konfliktgebiete und Terrorcamps hindern soll, aus denen sie verroht zurückkommen. Merkel und Kauder sprachen sich dabei auch für die Einführung einer Mindestspeicherfrist von Kommunikationsdaten aus. Die Auswertung solcher Daten kann helfen, Verbrechen aufzuklären.

Die Unionsfraktion begrüßt die Offenheit des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, zu einer Regelung über die Speicherung von Kommunikationsdaten zu kommen. Dies ist ein wichtiges Signal besonders im Kampf gegen schwere Verbrechen. Wir sind bereit, über die engen rechtsstaatlichen Voraussetzungen zu beraten, unter denen Internet-Provider verpflichtet werden, Verbindungsdaten für eine bestimmte Zeit zu speichern. Wir werden auch die Datensicherheit für die Speicherung bei Telekommunikationsunternehmen erhöhen.

Nach geltendem Recht kann ein Richter anordnen, dass Telefonate mitgehört werden, also der Inhalt kontrolliert wird. Das wird von niemandem infrage gestellt. Bei der Speicherung von Verbindungsdaten geht es um deutlich weniger. Nicht das Abhören von Telefonaten ist interessant, sondern die Fragen: Wer hat wann mit wem telefoniert? Wer hat wann welche dynamische IP-Adresse verwendet? Die Union war bereits vor den schrecklichen Attentaten in Paris für eine geregelte Speicherung von Verbindungsdaten bei den Providern. Sie ist es auch danach. Deshalb weisen wir den Vorwurf von Hektik und Aktionismus entschieden zurück. Die Vorteile der Vorratsdatenspeicherung zeigen sich aber gerade jetzt in Frankreich: Die Verbindungsdaten können helfen herauszufinden, wie groß das Terrornetzwerk in Frankreich ist. Das ist die Frage, die ganz Frankreich und selbstverständlich auch uns derzeit beschäftigt.

Herzlichst,



Impressum:

Herausgeber:

Ansgar Heveling MdB

Wahlkreis 110

Jüchen, Kaarst, Korschenbroich,
Krefeld, Meerbusch

Bildquelle: CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 0 30 / 227 – 71 035

Fax: 0 30 / 227 – 76 235

ansgar.heveling@bundestag.de